

Demokratie oder Autokratie?

Gespräch darüber, welche Staatsform sich in einem Zeitalter der Verunsicherung durchsetzt

Nicht erst seit den Erfolgen der AfD in Deutschland oder dem Wahlsieg von Donald Trump in den USA ist klar: Autokratische Systeme sind wieder auf dem Vormarsch. Schon in den letzten Jahren haben rechte Parteien in den Nachbarländern Deutschlands Erfolge gefeiert – Ungarn, Frankreich, Italien, Niederlande ... die Liste lässt sich fortsetzen. Einer, der sich mit diesem Thema beschäftigt, ist der Politikwissenschaftler Dr. Sascha Arnautovic. Vor allem mit der Gretchenfrage, welches System – liberale Demokratie oder autoritäres System – sich langfristig durchsetzen wird.

K Herr Dr. Arnautovic, „Demokratie oder Autokratie – was wird sich in der Welt durchsetzen?“, lautet die Frage. Und ich muss sagen, ich habe immer gedacht, da kann die Antwort eigentlich nur lauten: „Die Demokratie!“ Sie sehen das anders?

DR. SASCHA ARNAUTOVIC: Lange Zeit habe ich auch so gedacht, aber inzwischen müssen wir zur Kenntnis nehmen und verstehen, dass die Demokratie als Herrschaftsform heutzutage eben kein Selbstläufer mehr ist. Ein Blick auf die Statistik in diesem Jahr zeigt eindeutig, dass Autokratien die Demokratien erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg zahlenmäßig überholt haben. Und es ist aus meiner Sicht lange nicht ausgemacht, dass die Strahlkraft der Demokratien ausreichend sein wird, um am Ende eben auch erfolgreich zu sein.

K Woran liegt es Ihrer Meinung nach, dass viele Menschen Diktatoren, Autokraten oder auch rechte Systeme unterstützen?

ARNAUTOVIC: Also, ich denke, dass viele Menschen mittlerweile frustriert sind über die etablierten Parteien und dadurch schlichtweg anfälliger werden für Narrative und vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme. So entsteht oftmals der Eindruck, dass andere Herrschaftsformen wie Auto-

kratien besser geeignet sind und in ihnen Entscheidungen schneller zustande kommen als in Demokratien. Es gibt keine langen Abstimmungsprozesse wie in den Demokratien und stattdessen einen handlungsfähigen einzelnen Herrscher, der die uneingeschränkte Staatsgewalt hat und somit eben der „starke Mann“ ist. Und da gibt es eine gewisse Sehnsucht auch in der Bevölkerung nach starker Führung, nach entschlossener Führung.

K Könnte man auch sagen: Demokratie ist anstrengender als Autokratie?

ARNAUTOVIC: Ja, selbstverständlich ist sie das! Das muss man uneingeschränkt so einräumen. Schließlich müssen in einer Demokratie mühsam Kompromisse gefunden werden. Wir sehen das zum Beispiel bei Koalitionsverhandlungen. Und man muss Rechenschaft ablegen, wenn beispielsweise falsche politische Entscheidungen getroffen wurden.

K Lassen Sie uns einen Blick zurück auf die Wahlen in den USA werfen. War es für Sie ein überraschendes Ergebnis?

ARNAUTOVIC: Dass es eng werden könnte zwischen Kamala Harris und Donald Trump war mir durchaus bewusst. Allerdings habe ich eher mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem Republikaner und der Demokratin gerechnet. Insofern war Trumps Wahlsieg schon eine Überraschung, und zwar insofern, als dass er am Ende doch einen, muss man leider sagen, recht eindeutigen Sieg erringen konnte. Leider sieht es für die Demokraten im Senat und im Repräsentantenhaus auch nicht wesentlich besser aus. Die Chance ist dort groß, dass auch der US-Kongress künftig vollständig in republikanischer Hand sein wird.

K Im Vorfeld der US-Wahl sind die christlichen Wähler verstärkt in den Fokus gerückt. Wie viel Einfluss, würden Sie sagen, hatten katholische und protestantische Wähler?

ARNAUTOVIC: Keinen geringen! Eine erste Wähleranalyse der Nachrichtenagentur Associated Press und des Nachrichtensenders Fox News hat die Religionszugehörigkeit

der Wähler befragt. Ergebnis: 60 Prozent der Protestanten und 54 Prozent der Katholiken hatten demnach die Absicht, Trump zu wählen, oder stimmten tatsächlich auch für ihn. Und um die Zahlen besser einordnen zu können: Harris konnte ihrerseits 38 Prozent der Protestanten und 45 Prozent der Katholiken für sich gewinnen. Weiße Protestanten unterstützen hingegen Trump zu gut 70 Prozent und weiße Katholiken zu über 60 Prozent.

K War es ein überraschendes Ergebnis für Sie?

ARNAUTOVIC: Nicht wirklich! Weil, wenn wir uns auch noch mal zurückerinnern an die US-Wahl 2016, da sah es ähnlich aus. Trump profitiert also ganz eindeutig von dieser christlich-rechten Wählerbasis.

K Noch ein Blick auf Deutschland. Die AfD ist in vielen Regionen inzwischen mindestens zweitstärkste politische Kraft. Ein demokratischer Prozess, den wir akzeptieren müssen, oder eine Entwicklung, gegen die wir weiterhin kämpfen sollten?

ARNAUTOVIC: Aus meiner Sicht müssen wir den Tatsachen einfach ins Auge sehen. Die AfD sollte aber meines Erachtens nicht ausgegrenzt werden. Ansonsten befürchte ich, wird sie sich als Opfer der sogenannten Altparteien, wie sie ja selbst die etablierten Parteien bezeichnet, darstellen. Wir müssen diese rassistische und im Kern auch rechts-extreme Partei entlarven, meines Erachtens mit besseren Argumenten aufwarten und vor allem: sie stellen und dann auch entzaubern. Wir sollten uns nicht einfach sozusagen dem Schicksal ergeben, sondern mutig und selbstbewusst gegen diese Partei Position beziehen.

Das Interview führte Bernd Hamer



Dr. Sascha Arnautovic. (Foto: Privat)

ZUR PERSON

Dr. phil. Sascha Arnautovic ist Politikwissenschaftler, selbstständiger Unternehmer, freier Referent und Lehrbeauftragter. Zurzeit doziert er unter anderem an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl. Zudem ist er in der „Gesellschaft für Sicherheitspolitik e. V.“ Leiter der Sektion Köln.

Christen ebneten Trump den Weg ins Weiße Haus

Auch Katholiken stimmten in den USA mehrheitlich für den designierten neuen Präsidenten

Donald Trump verdankt seinen Wahlsieg vor allem weißen Christen. Neben seiner evangelikal Stammklientel wandten sich ihm aber auch Katholiken verstärkt zu – das zeigt eine Wahlanalyse.

Die Ergebnisse der Wahlen in den USA liefern mit Blick auf die christliche Wählerschaft einige widersprüchliche Befunde. Einerseits spielen Christen als Wähler eine zentrale Rolle bei der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus. 81 Prozent der weißen evangelikalen Christen stimmten für Trump – noch mehr als 2020. Bei den weißen Katholiken waren es 61 Prozent, bei weißen Protestanten 72 Prozent.

Zugleich sprachen sich die Wähler aber in sieben von zehn Bundesstaaten bei Abtreibungsreferenden für liberalere Regelungen aus, auch in konservativen Staaten wie Missouri. In Arizona, Montana, Nevada, Colorado, New York und Maryland feierten Abtreibungsbefürworter ebenfalls Siege. Die Referenden in Nebraska und South Dakota gingen an die Gegner. In Florida gab es 57 Prozent Zustimmung für ein Referendum, das den legalen Zugang deutlich erweitert hätte. Die Abstimmung scheiterte aber an einer 60-Prozent-Hürde. Die katholischen Bischöfe hatten in dem „Sunshine State“ eine Million Dollar in den Kampf gegen das Referendum investiert.

Zentrale Themen: Wirtschaft und Migration

Der gemeinsame Nenner dieser Parallelentwicklung bei den Wahlen hat mit dem abnehmenden Einfluss der Kirche auf die Entscheidungen der Gläubigen zu tun. Während die katholischen Bischöfe das Thema Abtreibung als „vorrangige Priorität“ bezeichneten, spielten für viele christliche Wähler laut Nachwahlumfragen wirtschaftliche Faktoren und die Einwanderung eine größere Rolle.

Der Politikwissenschaftler Ryan Burge von der Eastern Illinois University sagte dem „Religion News Service“, Trumps Wahlsieg in den umkämpften Bundesstaaten sei den christlichen Wählern zu verdanken. „Diese Art von Unterstützung ist schwer zu überwinden, besonders in den Swing States der Industrieregion Rust Belt wie Pennsylvania, Michigan und Wisconsin.“

Bemerkenswert ist die Entwicklung bei den katholischen Wählern. Diese Gruppe wird von Wahlzyklus zu Wahlzyklus ein stärkerer Wählerblock der Republikaner. „Wir können davon ausgehen, dass die katholische Wählerschaft sich im Verhältnis 60 zu 40 für die Republikaner entscheidet“, bestätigt Burge. „Und dieser Anteil könnte sogar noch steigen.“

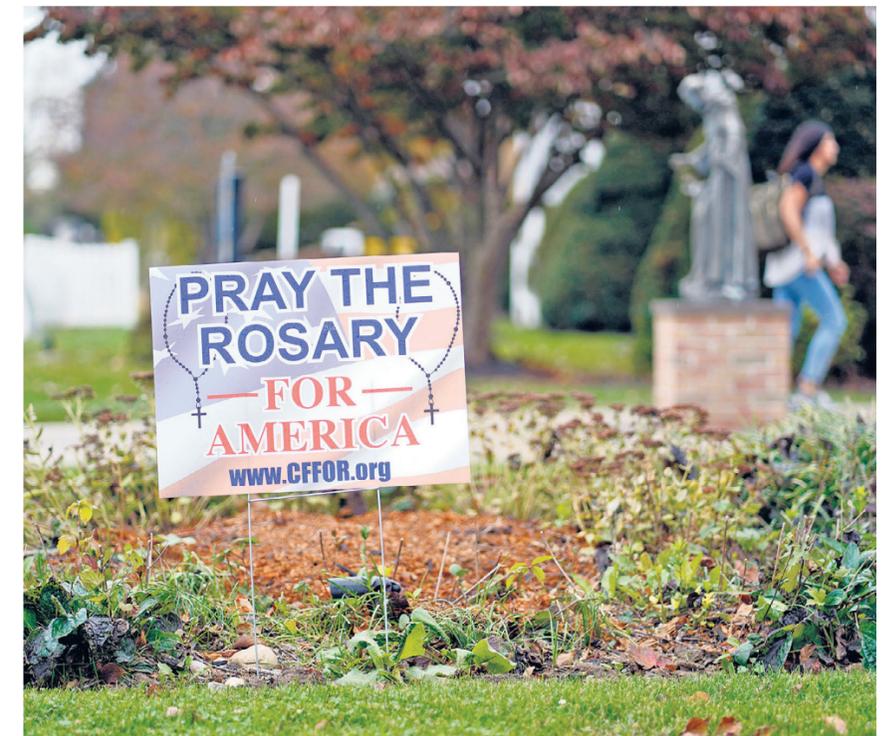
Der Vorsitzende der US-Bischöfskonferenz, Erzbischof Timothy Broglio, gratulierte Trump zum Wahlsieg. „In den Vereinigten Staaten haben wir das Glück, in einer Demokratie zu leben“, erklärte Broglio und rief zu Respekt im Umgang miteinander auf. Keine Partei habe ein Monopol auf den katholischen Glauben, betonte der Vorsitzende. „Die Lehren der Kirche bleiben unverändert – egal, wer im Weißen Haus sitzt.“ Der Erzbischof könnte schon bald auf dem Feld der Migrationspolitik mit dem künftigen Präsidenten aneinandergeraten, wenn dieser mit der angekündigten größten Massenabschiebung der Geschichte Ernst machen sollte. Das liefe den Prioritäten der Kirche zuwider, die Papst Franziskus beim Thema Einwanderung gesetzt hat.

Trumps harte Haltung zur Einwanderung findet hingegen Anklang bei den Hispanics: Bei den aktuellen Wahlen stimmten trotz

Trumps Hetze gegen Migranten erstmals mehr als die Hälfte der hispanischen Katholiken (53 Prozent) und fast zwei Drittel der hispanischen Protestanten (64 Prozent) für den Rechtspopulisten. Der Chef des renommierten Public Religion Research Institute, Robert Jones, sieht in dem Ergebnis eine Bestätigung der engen Verbindung zwischen weißen Christen und der republikanischen Partei. Viele sähen in Trump ein Bollwerk gegen den Verlust christlicher Werte und Normen in einer zunehmend säkularen Kultur. „Und sie gehen wählen.“

„Weißer Gottes-Graben“

Die meisten anderen Glaubensgruppen – Juden, Muslime, schwarze Protestanten und konfessionslose Amerikaner – unterstützten zwar erwartungsgemäß die Demokraten, weiße Christen sind aber trotz einer zunehmenden Vielfalt der US-Gesellschaft weiterhin die größte religiöse Gruppe im Land. Sie machen etwa 42 Prozent der Bevölkerung aus. Politologe Burge bringt die Bedeutung dieser Gruppe für den Wahlausgang so auf den Punkt: In Staaten wie Pennsylvania sei der „weiße Gottes-Graben“ kaum zu überwinden. KNA



Ein von Katholiken aufgestelltes Rasenschild mit der Aufschrift „Pray the Rosary for America“ („Betet den Rosenkranz für Amerika“) am 1. November in Saint James (USA) vor der US-Präsidentenwahl. (Foto: KNA)